

**Die Alternative muss neu erarbeitet werden – von allen zusammen!
Zur konkreten Utopie der grünen Gründergeneration**

In unseren Gesellschaften, in denen, wie Marx es formuliert hat, „die kapitalistische Produktionsweise herrscht“, haben Utopien bekanntlich einige Probleme damit ‚konkret‘ zu werden – d.h. greifbar, ansprechend und realitätstüchtig.

Das liegt grundlegend daran, dass in dem gesellschaftlich vorherrschenden Imperativ – „Akkumuliert, akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten.“ – sich ein Zweck zum obersten Bezugspunkt allen Handelns aufgeschwungen hat, der eigentlich nur dazu geeignet ist, ein Mittel für andere Zwecke menschlichen Handelns zu sein. Denn Menschen kann es eigentlich als Endzweck nur darum gehen, „gut zu leben“ oder auch – sofern sich hierfür Maßstäbe des Richtigen und Falschen aufstellen lassen, „richtig zu leben“. „Reich zu sein“ oder „Viel Geld zu haben“ kann dabei, wie jedeR weiß, durchaus hilfreich sein – aber es ist letztlich ein Mittel und kein Zweck. Dass aus Geld mehr Geld wird oder aus einem Wert eingrößerer Wert hervorgeht, hat nur insoweit eine Bedeutung für menschliche Handlungszwecke, als es die Möglichkeiten zu ihrer Verwirklichung erweitert, indem es denjenigen ökonomische Handlungsmacht, die über die Ergebnisse derartiger Prozesse verfügen.

Die Radikalität der grünen Gründergeneration lag darin, die Frage neu gestellt zu haben, was in ihrer Aufbruchsituation, dem damaligen hier und heute, das gute Leben ausmachen könnte – und es ganz unabhängig von den Erfolgsdefinitionsvorgaben der Kapitalakkumulation bestimmt zu haben. Sie haben gesehen, dass es kein Ziel menschlichen Lebens sein kann, Wirtschaftswachstum und Profitproduktion als solche und um ihrer selbst willen zu erreichen. Damit haben sie auch erkannt, dass die damals historisch etablierte Alternative zwischen fordristisch ‚reformierten‘ kapitalistischen Gesellschaften einerseits und realsozialistisch überformten Gesellschaften für die Entwicklung der Menschheit eine inakzeptable Sackgasse darstellte. Dabei haben ihre TrägerInnen nicht nur das Ziel des guten Lebens als solches neu zu bestimmen begonnen, sie waren sich auch darüber im klaren, dass es nur im freien und gleichen Zusammenhandeln Vieler zu erreichen ist: Ein tragfähiges und vertretbares gutes Leben kann nicht auf der Ausbeutung anderer Menschen und d.h. darauf beruhen, im Interesse des eigenen Guten anderen den Zugang zu ihrem Guten zu versperren und so Herrschaft über andere auszuüben. Denn ein derartig herrschaftsaffirmativ artikuliertes gutes Leben legt die Axt an seine eigenen Grundlagen. Die grüne Gründergeneration hat insbesondere begriffen, dass auf die Dauer ihr eigenes gutes Leben nicht darauf beruhen kann, andere auszubeuten – durch unmäßige Belastung von Naturverhältnissen, durch übermäßige Nutzung natürlicher Ressourcen und durch eine unverantwortliche Kostenverlagerung auf künftige Generationen von Menschen. Das hat sie auch dafür aufgeschlossen gemacht, zu erkennen, dass auch die bestehende geschlechtshierarchische Arbeitsteilung und die hierarchischen Abhängigkeitsverhältnisse, durch welche die Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt bestimmt werden, mit einer tragfähigen eigenen Vorstellung vom guten Leben unvereinbar sind. So konnte sie ein grünes Ideal entwerfen, das das eigene gute Leben an den schonenden Umgang mit der Ökologie der Biosphäre dieses Planeten, sowie an den fairen Ausgleich zwischen den Geschlechtern in ihren intimen, privaten Verhältnissen und zwischen den Völkern im Weltmaßstab.

Sobald es aber darum ging, dieses Ideal zu konkretisieren, hatte auch die grüne Gründergeneration Probleme: Auf der einen Seite hatte sie allein deswegen bereits Schwierigkeiten, den Zusammenhang zwischen den von ihnen erkannten Problemen und der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise zu thematisieren, weil der theoretisch-politische Raum des Antikapitalismus und damit auch der Kritik an den Verkehren der kapitalistischen Produktionsweise ganz weitgehend von miteinander konkurrierenden Formen des Stalinismus – in seiner sowjetischen oder in seiner chinesischen Form – ‚besetzt‘ war. Auf der anderen Seite neigte sie dazu, die aus diesen theoretischen Schwierigkeiten resultierenden Probleme durch eine verstärkte moralisierend-utopistische Aufladung behandeln zu wollen: Anstatt daran zu arbeiten, ihr ‚grünes Ideal‘ durch eine breite, kreative und vielfältige Debatte in ein bewusst spezifiziertes, partikulares und durchaus auch kontingentes historisches Projekt zu ‚übersetzen‘, in dem Viele ihr Eigenes ‚wiedererkennen‘ konnten, neigten sie vielmehr dazu, allen denen, die sich nicht von sich aus spontan ihrem Ideal anschlossen, moralische Vorwürfe zu machen.

Beide Schwächen der grünen Gründergeneration stellten so lange keinen wirklich wichtigen Fehler dar, wie die ‚fordistische‘ Bändigung der kapitalistischen Produktionsweise – wie sie Karl Polanyi als ‚re-embedding‘, als Wiedereinfügung der kapitalistisch verselbständigten Ökonomie in menschliche Handlungszusammenhänge, beschrieben hat – noch in vollem Gange schien: Ging es doch in dieser Perspektive bloß noch darum, an die erreichte wohlfahrtsstaatliche Bändigung noch eine ökologische anzuschließen, also nur um eine sozialökologische Korrektur bereits verbreiteter sozialliberaler Zielvorstellungen. Hier waren analytische Schwächen und moralisierende Appelle nicht besonders störend – sie konnten sich sogar immer wieder als nützlich erweisen, wenn politische Überlegungen in ihrer sozialliberalen Verharmlosung zu verplätschern drohten. Angesichts der noch anhaltenden ‚fordistischen‘ Wachstumsdynamik reichte oft schon die Hinterfragung des angebotenen ‚welfare‘ daraufhin, ob ihm überhaupt ein wirkliches ‚well-being‘, ein tragfähiges Wohlbefinden, eben ein ‚gutes Leben‘ zugrunde lag. Und eine relevante Minderheit ist immerhin in ernst zu nehmenden Untersuchungen der Frage nachgegangen, wie durch ein ‚anderes Wirtschaften‘ die Möglichkeit dafür geschaffen werden kann, dass die eigenen Bedürfnisse für ein gutes Leben zusammen mit den Bedürfnissen der anderen Menschen befriedigt werden und zugleich auch die Erfordernisse einer unbeeinträchtigten Reproduktion der vorausgesetzten Naturverhältnisse erfüllt werden können. Unter den avancierteren Gruppen dieser Kritikbewegung war immerhin schon die Einsicht verbreitet, dass jedenfalls überall dort, wo sie sich als Hemmschuh der verfolgten grün-alternativen Linien des gesellschaftlichen Umbaus erweisen sollte, die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise anzugehen wäre.

Diese Schwächen der grünen Gründergeneration wurden jedoch durchaus zu einem ernsthaften strategischen Problem darstellte, nachdem im Zuge der ‚neoliberalen Gegenrevolution‘ zunehmend eine – zumindest metastabile – Konstellation ungebändigter Kapitalismen in den wirtschaftlich und politisch führenden Ländern an die Stelle der fordistischen Klassenkompromisse trat. Denn *zum einen* gelang es dieser neuen Politik, den realsozialistischen Block vollständig in den kapitalistisch bestimmten Weltmarkt zu reintegrieren und dann in breiter Front in den Bankrott zu konkurrieren. Diese ‚Alternative‘ verschwand aus der historischen Gegenwart – so dass es plausibel werden konnte, die These zu propagieren, dass es gar keine Alternative zur kapitalistisch bestimmten Gesellschaftsentwicklung geben könne: ‚There is no alternative!‘, Thatchers TINA-Prinzip. Die Vagheiten der grünen Gründergeneration in diesem Punkt wurden damit zur gefährlichen Schwäche. *Zum anderen* griff gerade die neoliberale Gegenrevolution durchaus wichtige Kritiken an den verfestigten, repressiven und exklusiven Machtstrukturen der fordistischen

Gesellschaften auf – und bot dagegen immer wieder die Freiheit und Gleichheit der MarktteilnehmerInnen auf: In diesem Rückgriff auf die ideologische Figur des menschlichen Individuums als ‚Privateigentümer seiner selbst‘ lag immer wieder die Wurzel für die vielfältigen paradoxalen Wunscherfüllungen, mit denen die neoliberalen Umbaustrategien eine ganze Reihe von fordismuskritischen Bewegungen spalten konnten: Klein, schön, sparsam, eigenverantwortlich, geschlechtsneutral und selbstbestimmt – das konnte jetzt auch als Dimensionen der Propagierung des kapitalistischen Ideals des Menschen als „Unternehmer seiner selbst“ begriffen werden – auch wenn dabei die Wirklichkeit von Asymmetrie und wachsender Zentralisierung der ökonomischen Macht zur Profitproduktion auf der Grundlage von Ausbeutung, sowie von systematischer Nutzung politischer Macht zur Aneignung ohne Gegenwert (im Zuge von ‚In-Wert-Setzung‘ (Altvater) bzw. ‚accumulation by dispossession‘ (Harvey)) ausgeblendet werden musste. Signifikante z. T. hegemoniale Minderheiten der fordismuskritischen Kräfte konnten so für eine Mitträgerschaft der neuen Konstellation des entfesselten Kapitalismus gewonnen werden. Das gilt auch für die grüne Gründergeneration.

Diese für die Freiheitsschälmeien des neoliberalen Umbaus der Gesellschaften betörten Ex-Alternativen übersehen allerdings – sofern sie nicht schlicht ihrem eigenen Interesse als inzwischen etablierte Modernisierungsgewinner folgen – den nicht unwichtigen Umstand, dass die neoliberale Ideologie nicht etwa auf menschliche Freiheit schlechthin abstellt, sondern auf Freiheit der Privateigentümer. Nur durch die im Grunde sehr merkwürdige Vorstellung jeder Mensch sei von Natur aus ‚Privateigentümer seiner selbst‘ und könne daher so frei über sich selbst verfügen wie ein Privateigentümer gemäß der modernen Fassung des römischen Rechts über die ihm gehörenden Sachen, wird überhaupt ihre Geltung für alle Menschen konstruiert – als eine von vornherein quantitativ differenzierte, wobei die Ungleichheit der Privatvermögen irgendwie vage auf ein Prinzip der ‚Leistungsgerechtigkeit‘ zurückgeführt wird. In ihrem Kern ist diese Konzeption der Freiheit der Privateigentümer durch die Ambivalenz gekennzeichnet, dass sie zwar deren Freiheit von Staatseingriffen und politischer Regulierung hochhält, keineswegs aber auf Staatseingriffe und Staatsgewalt zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung der Struktur und des gegebenen Bestandes des Privateigentums als solchen verzichten kann und mag. Damit ist sie in dem gesamten Bereich der ‚In-Wert-Setzung‘ von bisher nicht als Privateigentum konstituierten Gegenständen – wie ihn Elmar Altvater für Amazonien analysiert hat – völlig offen dafür (und in der Realität darauf angewiesen), politische Eingriffe in bestehende, etwa gemeineigene Verhältnisse und gewaltsame Enteignungs- bzw. Aneignungsprozesse neben der gewöhnlichen kapitalistischen Ausbeutung zu betreiben. Außerdem gerät ihr der grundlegende Umstand aus dem Blick, dass aufgrund der internen, strukturellen Machtasymmetrie, wie sie zwischen Anbietern und Käufern der eigentümlichen Ware Arbeitskraft besteht, ohne externe, insofern ‚gewaltsame‘ Eingriffe – etwa zur Regelung der Arbeitsbedingungen – nicht einmal formeller Äquivalententausch zwischen Kapital und Arbeit zustande käme. Wenn also alle Formen des politischen Eingriffs in als solche konstituierte Austauschverhältnisse – also in ‚Märkte‘, wie die neoliberalen Ökonomen sagen, die sie als immer schon gegeben unterstellen – dann kommt es unvermeidlich dazu, dass der Schutz des Privateigentums aller derjenigen ins Hintertreffen gerät, die nur ihre Ware Arbeitskraft zum Verkauf anzubieten haben. Gemäß den eigenen Prämissen schließt daher die Freiheitsversion der Neoliberalen bereits ein tendenzielle Verschlechterung der Lage der auf abhängige Arbeit angewiesenen Mehrheit der Bevölkerung ein, sowie den Einsatz von Staatsgewalt gegen eine Politik, welche die uneingeschränkte Geltung des Privateigentums in Frage stellt (Putsch gegen linkssozialdemokratische Regierung in Chile), aber auch die durch Gewalt vorangetriebene ‚In-Wert-Setzung‘ neuer Sphären der Kapitalanlage (wie sie ggw. etwa in den mit politischen Erpressungen operierenden TRIPS-Verhandlungen betrieben werden), sowie die gewaltsame

Sicherung strategischer Akkumulationsvoraussetzungen (wie etwa des Zugangs zu Reserven an fossilen Energieträgern, insb. im Zeitalter von PKW-, LKW- und Flugverkehr also an Erdöl).

Wer diese Entwicklungen in der Tiefe der neoliberal bestimmten globalen Umgestaltung der Gesellschaften dann noch für die überhaupt nur real möglichen Erfüllungen alternativer Wünsche nach Sparsamkeit und Wahlfreiheit hält, dem ist wohl erst einmal nicht mehr zu helfen.

Damit unter der heute herrschenden Konstellation von Gesellschaften eines ungefesselten Kapitalismus wieder eine Utopie konkret werden kann, müssen heute einige Fragen untersucht und neu beantwortet werden, mit denen es sich die grüne Gründergeneration im Rückblick allzu leicht gemacht hatte. Ich bin skeptisch, ob dies jetzt schon wieder für die große Frage einer Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise gelten kann, die als Motiv theoretischer Kritik und auch als – wenn ich das so formulieren darf – als ‚regulative Utopie‘ für vielfältige Gestalten praktischer Gesellschaftskritik unverzichtbar bleibt. Das wird auch dadurch keineswegs erleichtert, dass nach dem Verschwinden der ‚realsozialistischen‘ Option auch wieder eine ganze Reihe von mehr oder minder demagogischen ‚National-Sozialismen‘ mit dem politischen Anspruch eines Antikapitalismus und Antiimperialismus auftreten – oft mit deutlichen antisemitischen Obertönen.

Als eine konkrete Utopie in dem Sinne, dass wir angeben können, worin die ersten Schritte liegen würden, die zu gehen wären, wenn nur erst einmal in einem politischen Gemeinwesen der ‚politische Wille‘ dafür aufgebaut werden konnte, erscheint es mir aussichtsreicher, sich eine erneute Bändigung der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise in unseren Gesellschaften vorzunehmen – aber eben nicht mehr als eine bloße Verlängerung des fordistischen Projekts eines ‚re-embedding‘ der durch die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise verselbständigten Ökonomie in das Leben der Gesellschaften, sondern als ein bewusster Neuansatz, in einem neuen Bündnis die politischen Macht- und Eingriffstrukturen aufzubauen, mit denen neben dem Imperativ der Kapitalakkumulation mit zumindest gleichem Gewicht, wenn nicht sogar mit Vorrang, auch die Imperative der ökologischen Nachhaltigkeit, der Geschlechterdemokratie und des Ausgleichs zwischen ‚Norden‘ und ‚Süden‘ befolgt werden können – und zwar auf eine Weise, dass zugleich der von der führenden Weltmacht erklärte unbeschränkte und zeitlich unbegrenzte Krieg (der sog. ‚Krieg gegen den Terrorismus‘) dadurch beendet werden kann, dass den ihn tragenden Konflikten die gesellschaftlichen Grundlagen entzogen werden.

Die Herstellung einer weltweiten Situation von auf Völkerrecht und Weltorganisation beruhenden Friedens in Verbindung mit einer konvergierenden Wendung zu von den Völkern selbstgewählten Modellen ‚nachhaltiger Entwicklung‘ – vor allem auch in den immer noch reichen ‚Industriestaaten‘ – , die von neuen Bündnissen getragen werden, zu denen die Kräfte aller Formen der gesellschaftlichen Gesamtarbeit zusammenfinden – das wäre ein derart wichtiger erster Schritt, dass wir es vielleicht schon als Einstieg in die ‚konkrete Utopie‘ begreifen können, dass eine neue Konstellation gebändigter Kapitalismen dazu beiträgt, dass die historische Frage nach der Überwindung der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise wieder wirksam auf die Tagesordnung gesetzt werden kann – als ein erlebtes Anliegen der Menge der Vielen, und nicht mehr als ein bloß ausgedachtes Intellektuellenprojekt, das in diese Menge ‚hineingetragen‘ werden soll. Dafür geht es auch heute wieder keineswegs darum, sich am modernisierten Intellektuellenarbeitsplatz, also am web-offenenen PC oder Mac, allein oder in kleinen Grüppchen gleichsam Blaupausen für eine andere Zukunft auszudenken. Die

Weichenstellungen in eine andere Zukunft wird werden sich die ‚multitudines‘, die ‚Mengen der Vielen‘, nur zusammen, im Austausch erarbeiten können. Dies systematisch als einen offenen Reflexionsprozess zu organisieren, der die Menge der Vielen zum aktiven Mitreden einlädt, ist der allererste, aber weitreichend wirksame Schritt auf dem Weg, wieder zu einer konkreten Utopie als ein gesamtgesellschaftlich tragfähiges Projekt einer alternativen Umgestaltung der Gesellschaft zurückzufinden.